

Der Bürgermeister findet einleitende Worte zum vorliegenden Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Er mahnt, dass die Absichtserklärungen des stattgefundenen UN-Klimagipfels nicht ausreichend sind und man nicht auf die Weltpolitik warten dürfe um Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele zu ergreifen.

Als Grundlage für die zu erreichenden Ziele werden die in Auftrag gegebene Energie- und CO2 Bilanz sowie das zu erstellende interkommunale übergreifende Klimaneutralitätskonzept genannt, welches auch passgenaue Maßnahmen für die Stadt Meckenheim beinhaltet.

Die vor der Sitzung eingereichten Fragen zur Einwohnerfragestunde von Hr. Becker werden wie folgt beantwortet:

Frage 1)

Beabsichtigt der Rat die Stadt Meckenheim überprüfen zu lassen, welche Rolle die Stadtwerke als Partner der Bürger bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen (z.B. Einsatz von Photovoltaik, Wärmeversorgung) spielen kann?

Frage 2)

Beabsichtigt der Rat, die Stadt Meckenheim aufzufordern, ggfs. mit Unterstützung weiterer Kommunen, bei der Landesregierung auf eine Änderung dieser Vorschrift zu drängen, damit die bestehende Potentiale für Photovoltaik-Anlagen besser genutzt werden können?

Zu Frage 1)

Der Rat der Stadt Meckenheim hat bisher noch keinen entsprechenden Prüfungsauftrag erteilt.

Für die Stadtwerke sind die Themen Energieeffizienz, CO2- und Energieeinsparung für die übertragenen Betätigungsfelder Straßenbeleuchtung und Blockheizkraftwerk schon seit Jahren Handlungsmaxime für die tägliche Arbeit.

Auch haben die Stadtwerke die Errichtung und Unterhaltung der PV-Anlagen der KITA Sonnengarten und der Jungholzhalle übernommen.

Zu Frage 2)

Ein entsprechender Auftrag des Rates liegt derzeit nicht vor und ist auch nicht erforderlich.

Aufgrund der Bürgerberatung im Bauordnungs- und Stadtplanungsamt ist der Sachverhalt bereits mehrfach mit den Eigentümerinnen und Eigentümern diskutiert worden und von daher bekannt. Die Verwaltung bereitet derzeit ein Schreiben an das Ministerium vor, in dem auf diesen Mangel in den Rechtsvorschriften hingewiesen und die Änderung eingefordert wird.

In der anschließenden Diskussion wird die Notwendigkeit und Wichtigkeit der Einbindung der Bürgerschaft betont. Die Fraktionen sind sich darüber einig, dass die Verwaltung diesbezüglich personell und finanziell zukunftssicher aufgestellt werden muss.

Seitens der Kooperation CDU/Bündnis90/Die Grünen wird mündlich ein gemeinsamer Änderungsantrag gestellt, der im Beschlussvorschlag Berücksichtigung findet.